

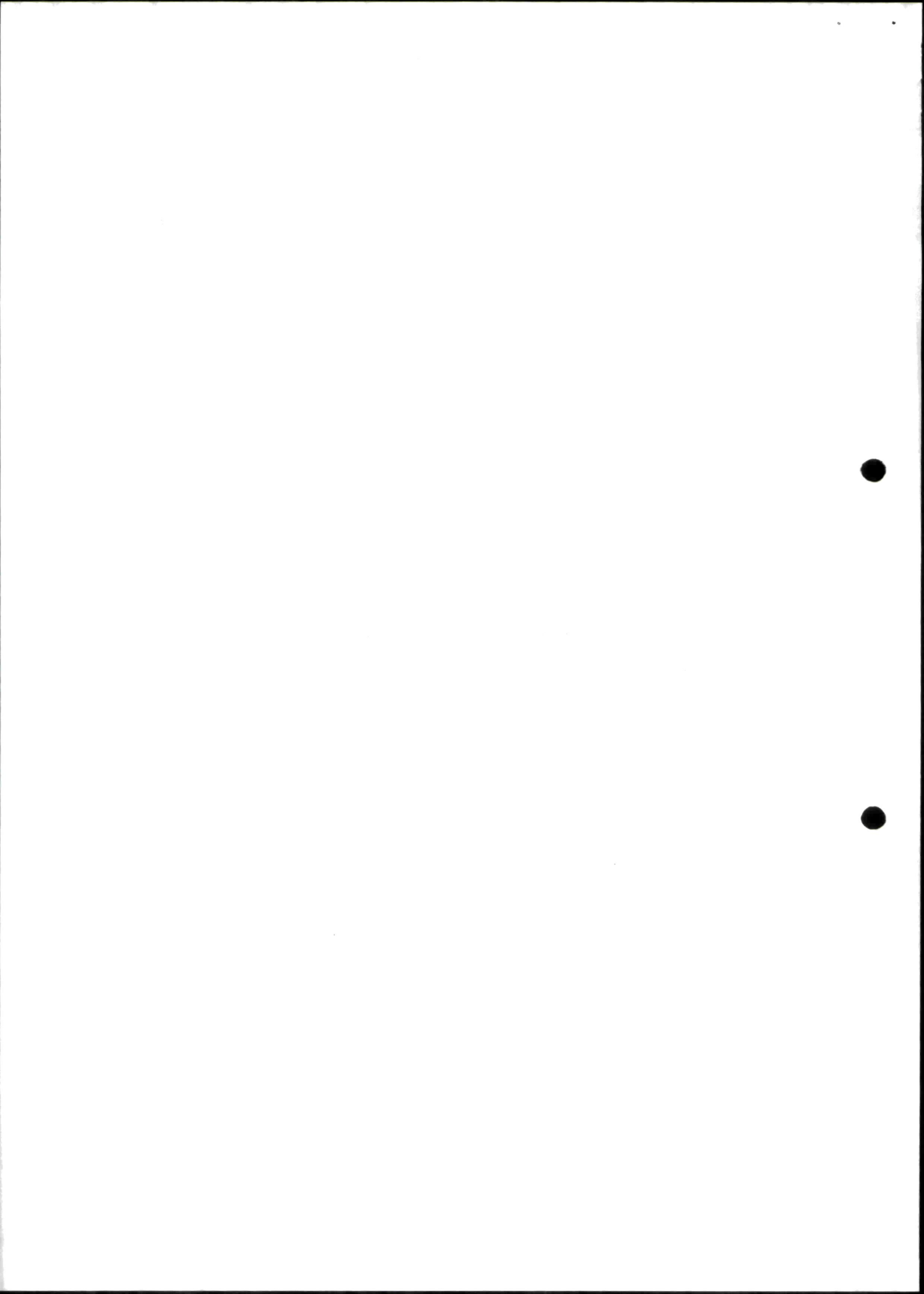


38. Bundesparteitag

1.–2. Oktober 1990 · Congress Centrum Hamburg

Bericht

des Generalsekretärs der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands,
Volker Rühle MdB



	<u>Seite</u>
I. <u>Die CDU vor der Bundestagswahl 1990</u>	2
1. Wahlkampfkonzept der CDU	2
2. Wahlkampf vorbereitungen	7
3. Landtagswahlen in den neuen Bundesländern	10
II. <u>Die Wiedervereinigung der CDU</u>	12
1. Wiedervereinigung auf dem Parteitag in Hamburg	12
2. Vorbereitende Kommissionen	15
III. <u>Die CDU in den neunziger Jahren</u>	17
1. Grundsatzprogramm	17
2. Neue Formen der Parteiarbeit	17
3. Mitglieder magazin "Union"	20
4. Frauen	20
5. Arbeit von Parteigremien	24
6. Finanzen	27

I. Die CDU vor der Bundestagswahl 1990

1. Wahlkampfkonzept der CDU

Am 2. Dezember werden die Deutschen erstmals wieder seit fast 60 Jahren ein gemeinsames Parlament frei wählen.

Der Wahlkampf, in den die wiedervereinigte CDU Deutschlands zieht, ist ohne Vergleich. "Normalerweise" legt eine Regierungspartei größten Wert darauf, daß im Vorfeld des Wahlkampfes alle wichtigen Regierungsvorhaben abgeschlossen sind und den Wählern dargestellt werden können. Wir stehen nach dem 3. Oktober vor einer ganz anderen Situation: Mit dem Beitritt der DDR hat Bundeskanzler Helmut Kohl Verantwortung für ganz Deutschland übernommen. Zu lösen ist nicht nur der wirtschaftliche, soziale und ökologische Aufbau in den neuen Bundesländern. Auch die psychologische und moralische Erblast einer vierzigjährigen sozialistischen Herrschaft ist zu beseitigen, damit tragfähige Fundamente unserer gemeinsamen Zukunft entstehen können.

Bis zum Wahltag muß die Bundesregierung täglich tiefgreifende Entscheidungen treffen. Das hat entscheidende Auswirkungen auf die politische Landschaft, in der der Wahlkampf geführt wird und auf die die Wahlkampfführung reagieren muß. Die Bundesregierung bestimmt durch ihr Handeln stärker als sonst sowohl die politischen Themen als auch das Tempo der Entwicklung. Weniger die Erfolgsbilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode als vielmehr die Fähigkeit der Bundesregierung, aktuelle Probleme zu lösen, bestimmt die Entscheidung des Wählers. Es geht in diesem Wahlkampf also um die Gestaltungskompetenz.

Die CDU muß Entscheidungen der Regierung möglichst zeitgleich den Bürgern näherbringen und begründen. Für uns ist dieser Wahlkampf deshalb auch ein Erklärungswahlkampf. Wir müssen aber gleichzeitig aktuelle Entscheidungen in ihrem politischen Gesamtzusammenhang darstellen und die

Perspektiven unserer Politik aufzeigen, die weit über die erste Legislaturperiode des gesamtdeutschen Parlaments hinausreichen.

1949 sind in der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag für die Entwicklung die Weichen der Bundesrepublik Deutschland gestellt worden; am 2. Dezember werden die Wähler die Weichen für die neunziger Jahre im geeinten Deutschland gestellt.

Der Beitritt am 3. Oktober und die Wahl am 2. Dezember gehören in ihrer historischen Bedeutung zusammen. Sie sind Abschluß einer vierzigjährigen Trennung und zugleich Beginn einer neuen gemeinsamen Zukunft. Wann in der Geschichte der Völker hatte ein Land die Chance zu einem solchen Neubeginn? Wir können unsere Erfahrungen der jüngeren deutschen Geschichte, zu der Rassenhaß, Unfreiheit und Diktatur, aber auch vierzig Jahre stabile Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gehören, jetzt für Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Europa und weltweit einbringen.

Die SPD wird wie 1982 und 1987 versuchen, einen Angstwahlkampf zu führen und die Probleme der Einheit zu dramatisieren. Dagegen setzt die CDU einen Wahlkampf der Zuversicht. Wir nehmen zwar die Alltagssorgen der Bürger ernst, aber wir werden auch deutlich machen, daß es bei dieser Entscheidung um Deutschland als Ganzes geht.

Nicht alles, was wünschenswert ist, kann in der nächsten Legislaturperiode verwirklicht werden. Alle Bürger sollen wissen, daß vor uns eine Periode der gemeinsamen Anstrengung liegt und daß solidarisches Zusammenstehen ein Gebot der Stunde ist. Das klarere gesamtdeutsche Konzept entscheidet darüber, wem die Wähler das Mandat zur Gestaltung unserer Zukunft geben werden.

Am 2. Dezember geht es im wesentlichen um zwei Fragen: Wem gelingt es am ehesten, die Erblast des Sozialismus möglichst rasch und umfassend zu beseitigen - und zwar so, daß niemandem unerträgliche Lasten aufgebürdet werden? Wem gelingt es am ehesten, ein Deutschland aufzubauen, in dem alle Deutschen sich Wohlstand und soziale Sicherheit erarbeiten können?

Wem gelingt es am ehesten, angesichts weltweiter Veränderungen Deutschland außenpolitisch auf stabilem Kurs zu halten und in eine gute Zukunft in einem geeinten Europa zu führen?

Die Entscheidung am 2. Dezember ist eine Entscheidung über Deutschlands Zukunft. Es kommt darauf an, dafür die Weichen richtig zu stellen. Helmut Kohl hat in den acht Jahren Regierungszeit dafür die besten Voraussetzungen erarbeitet.

Helmut Kohl hat gezeigt, wie man die Wirtschaft zum Laufen bringt. Seine Politik hat uns den längsten und stabilsten Aufschwung der Nachkriegsgeschichte gebracht: Die Wirtschaft wächst im achten Jahr - 1990 um rund vier Prozent. Seit 1983 wurden über zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, allein in den letzten zwölf Monaten 650.000. Die Sozialkassen sind voll: 1989 wurden 16 Milliarden Mark Überschuß erzielt. Auch die Gemeinden melden einen neuen Rekord: Im ersten Quartal dieses Jahres betragen die Überschüsse bereits 2,1 Milliarden Mark.

Uns geht es heute so gut wie nie zuvor. Wir können uns die Einheit leisten. Kein Rentner, kein Kranker, kein Arbeitsloser und kein Sozialhilfeempfänger muß Leistungskürzungen befürchten. Im Gegenteil: Die deutsche Einheit bringt eine neue Wirtschaftsdynamik mit sich. Diese wird auch künftig den sozialen Sicherungssystemen zugute kommen. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Leistungsfähigkeit sind nicht voneinander zu trennen.

Mit seiner klaren und berechenbaren Außen- und Deutschlandpolitik hat er den Weg für ein freies und souveränes Deutschland geebnet. Er hat dafür die Zustimmung der Sowjetunion bekommen und zugleich den Grundstein für dauerhafte gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegt.

Helmut Kohl hat gleichzeitig das Vertrauen unserer westlichen Verbündeten behalten. Er hat dafür gesorgt, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen sich zu einer gleichberechtigte Partnerschaft entwickelt haben. Die deutsch-französische Freundschaft hat er vertieft und zum Motor der europäischen Einigung gemacht. Helmut Kohl hat es geschafft, die deutsche Einigung als europäisches Werk anzugehen und sie europäisch einzubetten.

Die SPD hat weder in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik noch in der Außenpolitik zukunftsweisende Konzepte:

Das moderne Deutschland kann nicht geschaffen werden auf der Grundlage überholter Gesellschaftsmodelle, die immer noch von längst überwundenen Klassengegensätzen ausgehen, die auf Planung, Lenkung und Wirtschaftsbürokratie setzen. Das Bild des lohnabhängigen und ausgebeuteten Arbeiters ist längst überwunden durch den hochqualifizierten und spezialisierten Arbeitnehmer, der über Mitbestimmungsrechte verfügt, für den die Freizeit einen höheren Stellenwert hat und dem an seinem Arbeitsplatz vielfach ein hohes Maß an eigenverantwortlicher Entscheidung abverlangt wird. Dieser Arbeitnehmer erwartet von der Politik Antworten, die in der "Marxschen Geschichts- und Gesellschaftslehre", auf die sich das SPD-Grundsatzprogramm immer noch beruft, nicht angelegt sind.

Für das veraltete Gesellschaftsverständnis der SPD sprechen Vokabeln wie "Herrschaftsmacht des Kapitals" und "Gegenmacht von Gewerkschaften". Der Sozialismus ist nicht nur real gescheitert, er ist auch als Idee gescheitert. Wer den

demokratischen Sozialismus noch in sein Grundsatzprogramm schreibt, hat den Sozialismus noch immer im Kopf. Nur wer in der Lage ist, ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland aufzubauen und zu erhalten, kann auch soziale Gerechtigkeit für alle verwirklichen.

Nirgendwo ist das Scheitern der SPD so deutlich geworden wie in der Außenpolitik. Die Anbiederung der SPD an die SED und an die kommunistischen Herrscher in Osteuropa, die Forderung von führenden SPD-Mitgliedern nach Ausstieg aus dem Bündnis, ihre Ablehnung des Nato-Doppelbeschlusses und ihre Bereitschaft zur Hinnahme sowjetischer militärischer Überlegenheit, um nur einige Beispiele zu nennen - all diese Fehlentwicklungen der SPD in ihrer Außen- und Deutschlandpolitik gehen im Kern auf einen historischen Irrtum zurück: Die SPD hat die Bedeutung der Freiheitsfrage nicht erkannt. Sie wollte aus einem falschen Sicherheitsverständnis heraus eine falsche Ordnung stabilisieren und hat dabei die Kräfte der Freiheit in Deutschland und in Europa unterschätzt. Und bis zum heutigen Tage hat sie es versäumt, aus ihrem Scheitern die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Angesichts großer Veränderungen und Herausforderungen braucht Deutschland in der Innen- wie in der Außenpolitik einen klaren und berechenbaren Kurs. Die Entwicklung Deutschlands, im Herzen Europas gelegen, hat Auswirkungen auf die Stabilität in ganz Europa. Dies ist keine Zeit für Experimente. Deutschland muß stabil bleiben. Deutschlands historische Aufgabe besteht darin, "la force tranquille" in Europa zu sein.

Wem ist dies eher zuzutrauen als Helmut Kohl, der im Westen wie im Osten gleichermaßen Vertrauen genießt?
Wer könnte die anstehenden Herausforderungen eher bewältigen als die CDU? Sie hat überzeugend bewiesen, daß sie die Partei für schwierige Aufbauzeiten und für historische Weichenstellungen ist.

Das heißt für uns aber auch: Wir brauchen die breitestmögliche Mobilisierung der Partei in diesem Wahlkampf. Bei aller flächendeckenden Werbung, allen modernen Kommunikationstechniken, die wir natürlich einsetzen werden: Es gibt nichts Wirkungsvolleres als eine umfassend mobilisierte Partei, die auf Straßen und Plätzen sichtbar ist, die Überzeugungskraft und Siegesgewißheit ausstrahlt, die sich hinstellt und argumentiert, deren Mitglieder sich im Freundeskreis, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in Vereinen hinstellen und sagen: Wir bekennen uns zur CDU, wir stehen zu diesem Kanzler und zu seiner Politik. Nichts ist überzeugender.

Wir brauchen die Mobilisierung nicht zuletzt auch deshalb, weil wir von unseren Mitgliedern einiges erwarten in diesem Wahlkampf. Wir wollen wieder drei Verteilmittel - zweimal "Deutschland am Wochenende" und einen Kanzlerbrief - flächendeckend in die Haushalte bringen. Das bedeutet eine gewaltige Anstrengung, aber ich glaube, es gibt kein besseres Mittel, die Partei in Aktion zu setzen und es gibt wahrscheinlich auch keine bessere Möglichkeit, mit dem Bürger ins Gespräch zu kommen, denn an den Haustüren ergeben sich genügend Anknüpfungspunkte fürs Gespräch.

In diesem Sinn soll der 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Hamburg ein Signal für die Wähler sein: Die CDU hat die Kompetenz für Deutschlands Zukunft, sie hat die Kraft und die Geschlossenheit zur politischen Führung in Deutschland.

2. Wahlkampf vorbereitungen

Dialogkampagne

Im Vorwahlkampf veranstalten die Verbände der CDU Dialogwochen und Dialogaktionen zu unterschiedlichen politischen Themen. Die Aktionen sollen möglichst orts- und bürgernah sein und zu den Entscheidungsthemen der

gesamtdeutschen Wahl hinführen. Das Motto dieser Kampagne lautet: "Ganz Ohr / Wir sprechen über Deutschland."

Als Materialien steht den Verbänden der CDU neben Rahmenplakaten und Rahmenflugblättern ein Arbeitshandbuch "Ideenbörse für Aktionswochen" zur Verfügung, in dem viele politisch interessante und leicht durchführbare Vorschläge enthalten sind. Um zu einer umfassenden Mobilisierung zu kommen, wurde das Arbeitshandbuch an alle 10.000 Ortsvorsitzenden geschickt, gleichfalls an die Kreis-, Bezirks- und Landesgeschäftsführer sowie an die Generalsekretäre. Mit diesen Aktionen wird der Beschluß des Bremer Parteitages konkret umgesetzt.

Jugendkommission

Der Bundesvorstand hatte am 27. November 1989 die Einsetzung einer Jugendkommission beschlossen. Diese Kommission hat unter Leitung des Generalsekretärs mehrmals getagt und ein politisches Arbeitsprogramm entworfen, das ganz auf die Erfordernisse des Wahljahres 1990 abgestellt ist. Insbesondere wurden Vorschläge zur jugendgemäßen politischen Werbung und zu jugendbezogenen Maßnahmen im Wahlkampf entwickelt. Hierzu gehört vor allem die Erarbeitung einer CDU-Jugendwerbelinie, die derzeit in enger Zusammenarbeit mit der Jungen Union verwirklicht wird.

Infoseminare für Wahlkämpfer

Auch zur Vorbereitung des gesamtdeutschen Wahlkampfes entwickelte die Bundesgeschäftsstelle eine moderne Form der Informationsveranstaltung: das Infoseminar.

Von Juni bis September 1990 wurden in Absprache mit den Landes- bzw. Bezirksverbänden insgesamt vierzehn "Info-Seminare für Wahlkämpfer" durchgeführt. Der Einladungskreis setzte sich zusammen aus Kreisgeschäftsführern, örtlichen Wahlkampfbeauftragten und Mitarbeitern der Wahlkreiskandidaten.

Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 40 Personen pro Seminar hat die Bundesgeschäftsstelle mit dieser Seminarreihe rund 600 aktive Wahlkämpfer angesprochen und mobilisiert. An einzelnen Veranstaltungen nahmen auch Gäste aus der Ost-CDU teil. Zum Ablauf der Seminare: Nach kurzen Einführungsreferaten der Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle zu folgenden Themen: Wahlkampf-Konzeption der CDU, Neue Medien - Neue Trends, Der Wahlkampf-Service der Bundesgeschäftsstelle, Jugendwahlkampf, Neue Veranstaltungsformen, Direct Marketing folgte durchweg ein lebhafter Meinungsaustausch.

Ab Mitte August wurden die Seminare mit dem aktuellen Schwerpunktthema "Landtagswahlkampf in der DDR, Erfahrungsaustausch und Wiederaufnahme der Aktion 'Freunde helfen Freunden'" fortgesetzt.

Kommunikationsstrategie

Die CDU führt den gesamtdeutschen Wahlkampf mit einer Kommunikationsstrategie, die folgenden Kriterien gerecht wird:

- Aktualität: Wir können mit Flugblättern im DIN A 4- und DIN A 3-Format auf aktuelle Entwicklungen sofort reagieren. Dies gilt natürlich auch besonders für die Zeitung "Deutschland am Wochenende".
- Flexibilität: Wir sind in der Lage, mit so kurzen Vorläufen wie irgend möglich an die Öffentlichkeit zu treten. Das erlaubt uns unser neuer FAX-Service, mit dem wir die über 250 zur Zeit angeschlossenen Verbände innerhalb rund zwölf Minuten erreichen können.
- Dialogorientiert: Wir sind in der Lage, mit allen unseren Veröffentlichungen Fragen der Bevölkerung aufzugreifen, zum Beispiel durch Coupons, die an die Kandidaten (Dialogprospekt für Kandidaten) oder an die

Bundesgeschäftsstelle (Dialogthemenfaltblätter)
zurückgeschickt werden können.

Kampagnen des Wahlkampfes

Der gesamtdeutsche Wahlkampf wird durch folgende Einzelkampagnen bestimmt:

- Kanzlerkampagne: Sie stellt die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl in der zu Ende gehenden Legislaturperiode heraus, Schwerpunkt: vor allem seine Verdienste um die Vollendung der deutschen Einheit. Der Slogan der Kanzlerplakate lautet "Kanzler für Deutschland".
- Kompetenz- und Zukunftskampagne: Beginnend mit der Dialogkampagne "Ganz Ohr! Wir sprechen über Deutschland" wird die CDU bis zum Wahltag ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung des vereinten Deutschlands in der Öffentlichkeit bekannt machen.
- Angriffskampagne: Die mit ersten Flugblättern, z.B. "Der falsche Mann zur falschen Zeit" und "SPD: die Steuer- und Abgabenerhöhungspartei" begonnene Auseinandersetzung mit der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten wird bis zum Wahltag verstärkt geführt.
- Jugendkampagne: In Zusammenarbeit mit der Jungen Union Deutschlands wurde eine besondere Jugendkampagne entwickelt, die durch den Slogan "Touch the future - CDU - Die Jungen in der Union" zeitnah und im aktuellen Trend für die CDU wirbt. Ein Musikband und ein Kinospot, der auch flächendeckend in Discotheken gezeigt werden wird, verstärken diese Werbung zielgerichtet.

3. Landtagswahlen in den neuen Bundesländern

Die fünf Landtagswahlen in den neuen Bundesländern haben auch im Blick auf die gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember besondere Bedeutung. Vor allem geht es bei

dieser Wahl darum, durch eine richtige politische Weichenstellung die Zeit der Übergangsprobleme in der DDR möglichst abzukürzen. Die Probleme in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sind groß; aber sie können überwunden werden, wenn die alten Strukturen des Sozialismus in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft, die heute noch den Fortschritt behindern, so rasch wie möglich abgelöst werden. Demokratie und Soziale Marktwirtschaft werden ihre dynamische Kraft entfalten, wenn sie durch CDU-geführte Regierungen auch in den Ländern konsequent durchgesetzt werden.

Wie bei der Volkskammerwahl unterstützen wir unsere Parteifreunde in den neuen Landesverbänden personell, organisatorisch und werblich. Die Aktion "Freunde helfen Freunden" im Rahmen der Patenschaften zwischen den Landes- und Kreisverbänden ist dabei die Hauptstärke unseres Wahlkampfes. Sie hat sich bereits bei den Volkskammerwahlen hervorragend bewährt und war unser Erfolgsrezept für den Wahlsieg der CDU. Die Wahlkampfstärke der Mitgliederpartei CDU hat sich damals bewährt und wird sich auch bei dieser Wahl bewähren. Die SPD hat dem nichts entsprechendes entgegenzusetzen.

Im einzelnen werden 15 zentrale Großveranstaltungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl sowie rund 200 Veranstaltungen mit Bundesrednern durchgeführt. Es wird eine Wahlkampfzeitung mit 3,5 Millionen verteilt, und unter dem Motto "Freunde helfen Freunden" leisten Mitglieder aus den Kreisverbänden der CDU in der Bundesrepublik Deutschland aktive Wahlkampfunterstützung in den fünf neuen Bundesländern.

Alle CDU-Kreisverbände sind von der Bundesgeschäftsstelle bereits in einem festgelegten Rahmen auf kostenlosem Material ausgestattet worden. Auch die regionalen Verbände in den fünf neuen Bundesländern erhalten eine Grundausrüstung.

II. Die Wiedervereinigung der CDU

1. Wiedervereinigung auf dem Parteitag in Hamburg

Mit dem Bundesparteitag in Hamburg wird - rechtzeitig zum Tag der deutschen Einheit - auch die Wiedervereinigung der CDU Deutschlands abgeschlossen. Dies ist auch ein Anlaß zur Rückbesinnung auf unsere historischen Wurzeln.

Die CDU wurde 1945 aus dem Geist des Widerstandes gegen ein verbrecherisches totalitäres System gegründet. Im Juni 1945 bildeten sich unabhängig voneinander in ganz Deutschland die ersten Gründungszirkel der CDU. Aber nur im Westen konnten christliche Demokraten frei wirken und nach ihren Grundsätzen eine neue Partei aufbauen. In Berlin wurde der erste Vorsitzende, Andreas Hermes, bereits im Dezember 1945 abgesetzt; sein Nachfolger Jakob Kaiser erlitt das gleiche Schicksal im Dezember 1947. Es ist tragisch, daß die CDU in der sowjetischen Besatzungszone sofort in den Griff einer neuen Diktatur geriet. Wer sich hier offen zu den Idealen und zur Politik der CDU bekannte, mußte mit der Verhaftung durch Ulbrichts SED rechnen. Einen politischen Neuanfang gab es nur im Westen Deutschlands. Auf Dauer läßt sich aber der Freiheitswille der Menschen nicht unterdrücken. Wir haben nie die feste Zuversicht verloren, daß sich die Freiheit gegenüber der Unfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht gegenüber der Unterdrückung durchsetzt.

Die sozialistischen Machthaber konnten uns nicht täuschen. Der Sozialismus steht gegen den Freiheitswillen des Menschen. Wir haben alles getan, um unseren Landsleuten in der DDR die Folgen der Teilung erträglicher zu machen; den Unterschied zwischen Freiheit und Unterdrückung haben wir aber nie verwischt. Wir haben uns nie bei den SED-Machthabern angebedert, sondern uns an die Seite der Freiheit und an die Seite der Menschen im anderen Teil Deutschlands gestellt.

Die Wiedervereinigung der CDU in Deutschland fordert zu einer Rückbesinnung auf die Grundlagen unserer Politik heraus. Die Gründer der Union wollten eine Volkspartei neuen Charakters schaffen, die nicht mehr die Interessen nur einer bestimmten Schicht oder Klasse vertrat, sondern Politik für das ganze Volk machen konnte.

Die politischen Entscheidungen und historischen Weichenstellungen der CDU – für die Soziale Marktwirtschaft, für das Bündnis der westlichen Demokratien und für die Europäische Gemeinschaft – entsprangen nicht tagespolitischem Pragmatismus oder machtpolitischem Realismus, es waren vielmehr Wertentscheidungen, die sich an unserem christlichen Menschenbild orientierten.

Die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft war nie nur eine Entscheidung für ein Wirtschaftsmodell, sondern vor allem auch eine Entscheidung für ein Gesellschaftsmodell, das den mündigen und selbstbestimmten Menschen in den Mittelpunkt stellte, der seine Fähigkeiten frei entfalten soll und der auf die Hilfe und Unterstützung einer solidarischen Gemeinschaft rechnen kann, wenn seine eigenen Kräfte nicht ausreichen.

Die Entscheidung für das Bündnis der westlichen Demokratien war eine Entscheidung für Demokratie und Menschenrechte. Sie hat den westlichen Ländern Frieden und Freiheit erhalten und den Menschen ein nie gekanntes Maß an freier Entfaltung und Rechtsstaatlichkeit bewahrt.

Christliche Demokraten haben die Europäische Gemeinschaft aufgebaut und damit ein weltweit einmaliges Modell einer Friedensgemeinschaft, der Aussöhnung und der guten Nachbarschaft zwischen den Völkern geschaffen.

Mit der Wiedervereinigung wird sich die CDU verändern; sie wird vielfältiger durch die neuen Mitglieder. Es gibt unter ihnen mehr Frauen (rund 45 Prozent im Vergleich zu

23 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland) und erfreulich viele Mitglieder in kirchlichen und sozialen Ämtern und Berufen. Die Mitglieder der neuen Landesverbände werden ihre Erfahrung einer 40jährigen sozialistischen Unterdrückung und eine neue Sensibilität für den Wert der Freiheit in unsere Partei einbringen. Die CDU in Deutschland wird sich auch dadurch verändern. Sie wird noch diskussionsfreudiger, noch lebendiger, vor allem aber wird sie jünger werden, weil die Altersstruktur der neuen Mitglieder günstiger ist als bei uns; rund 17 Prozent von ihnen sind jünger als 30 Jahre, in der Bundesrepublik Deutschland sind es lediglich knapp sieben Prozent.

Nur eines wird auch die wiedervereinigte CDU nicht werden: sie wird weder "linker" noch "rechter", als sie bisher war. Wir sollten uns eine solche Richtungsdiskussion nicht von außen aufdrängen lassen. Die CDU bleibt auch in Zukunft die große deutsche Volkspartei der politischen Mitte. Offen für Männer und Frauen aus allen Schichten unseres Volkes, Arbeitnehmer, Landwirte, Unternehmer, selbstständige Mittelständler. Bei uns finden Frauen eine politische Heimat, gleichgültig, ob sie berufstätig sind oder in der Familie arbeiten, und wir sind offen für alle Generationen, jung und alt. So bleiben wir auch in Zukunft die große Mehrheitspartei in Deutschland.

Die Wiedervereinigung der CDU wird jetzt in Hamburg besiegelt, doch begonnen hat sie bereits im letzten Herbst. Die Wahlkämpfe in der DDR im Frühjahr dieses Jahres haben wir bereits im Zeichen der Wiedervereinigung geführt. Nicht zuletzt die Volkskammer- und Kommunalwahlen haben gezeigt, zu welcher Leistung eine CDU in der Lage ist, die geschlossen und geeint für ihre Ideale kämpft.

2. Vorbereitende Kommissionen

Schon sehr früh haben die CDU und ihre Vereinigungen auf allen Ebenen begonnen, in gemeinsamen Beratungen und mit vielfältiger personeller und sachlicher Hilfe die CDU in der DDR zu unterstützen. Dazu zählten insbesondere Beratungen beim Aufbau kommunaler Verwaltungen, bei der Betriebsarbeit und bei der Förderung von Existenzgründungen.

Aus der Fülle der Aktivitäten soll hier nur kurz die Arbeit von drei Gremien dargestellt werden, die auf Bundesebene tätig waren.

- Gemeinsamer Ausschuß für Kulturpolitik

Am 19. Juni 1990 wurde im Jakob-Kaiser-Haus in Berlin der "Gemeinsame Ausschuß für Kulturpolitik der CDU Deutschlands" konstituiert. Den Vorsitz übernahmen der Staatssekretär beim Minister für Kultur der DDR, Dr. Udo Bartsch, und der Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Georg Gölter. Der Ausschuß erarbeitete in mehreren Arbeitssitzungen "Kulturpolitische Grundsätze der CDU Deutschlands", die am 13. August 1990 verabschiedet wurden. In dem Text sind die gemeinsamen kulturpolitischen Positionen der zum Zeitpunkt des Beschlusses noch getrennten CDU-Parteien formuliert.

- Kommission "Deutsche Sozialgemeinschaft"

Zur Begleitung des deutschen Einigungsprozesses wurde vom Generalsekretär eine Kommission "Deutsche Sozialgemeinschaft" eingesetzt. Unter dem Vorsitz von Ulf Fink arbeiteten in der Kommission neben CDU-Sozialpolitikern sowie Fach- und Verbandsvertretern aus der Bundesrepublik Deutschland auch Vertreter aus der

CDU in der DDR mit. Die Kommission hatte die Aufgabe, sozialpolitische Zielvorgaben für die Sozialunion zu entwickeln.

In fünf Sitzungen hat die Kommission Beschlüsse zu den Themen Arbeitsrechtsordnung, Renten, Währungsumstellung, Eigentum, Wohnraumversorgung, freie Verbände, soziale Beratung in der DDR, Frauen und Familie und zum Gesundheitswesen gefaßt. Die Beschlüsse der Kommission hatten Einfluß auf die Beratungen des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie des Einigungsvertrages. Viele Forderungen und Empfehlungen der Kommission sind seit dem 1. Juli 1990 bereits verwirklicht.

- Kommission "Wirtschaft in der DDR"

Die vom Bundesvorstand der CDU eingesetzte Kommission "Wirtschaft in der DDR" hatte die Aufgabe, möglichst unkonventionelle Vorschläge für kurzfristige wirtschaftliche Initiativen zur Hilfe und für die wirtschaftliche Kooperation in der DDR zu entwickeln. Ihr gehörten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden an. Anregungen aus dem Kreis der Kommissions-Mitglieder sind in die Diskussionen mit der damaligen Regierung der DDR und in die Arbeit der Expertenkommission zur Vorbereitung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eingebracht worden.

III. Die CDU in den neunziger Jahren

Zu Beginn der neunziger Jahre steht die CDU vor der Aufgabe, politisch und organisatorisch ihre Kraft als Volkspartei zu erneuern. Als Volkspartei hat sie gegenüber Klientel- und Milieuparteien den großen Vorzug, daß sie fähiger ist zur Integration, weniger beeinflussbar durch Gruppeninteressen und nicht ideologisch ausgerichtet ist. Aber eine Volkspartei steht immer auch in der Gefahr, politisch unbeweglicher zu werden, neue Entwicklungen nicht rechtzeitig aufzugreifen und umzusetzen. Darum muß die CDU in einem ständigen Prozeß der Innovation ihre Kraft erneuern. Dazu gehören sowohl die programmatische wie auch die organisatorische Erneuerung einschließlich neuer Formen der Parteiarbeit.

1. Grundsatzprogramm

Auf dem Parteitag in Hamburg werden wir die Einsetzung einer Grundsatzprogrammkommission beschließen, deren Aufgabe es ist, das Ludwigshafener Grundsatzprogramm der CDU angesichts des tiefgreifenden Wandels auf allen Gebieten unseres Zusammenlebens - national wie international - zu überprüfen und gegebenenfalls fortzuschreiben.

2. Neue Formen der Parteiarbeit

Auf dem Bundesparteitag in Bremen hat die CDU ein umfangreiches Programm für die Erneuerung der Parteiarbeit verabschiedet. Es ging darum, neue Formen der Parteiarbeit zu finden, um damit den geänderten Erwartungen der Bürger an die Politik aber auch neuen Mitwirkungswünschen der Parteimitglieder und Parteigliederungen zu entsprechen.

Mitglieder wollen mitdiskutieren und mitbestimmen. Die Vielfalt in der CDU und die Kompetenz der Mitglieder müssen stärker genutzt werden. CDU-Politiker müssen "Politiker zum

Anfassen" sein. Die CDU muß aus dem Getto parteiinterner Veranstaltungen heraus. Parteiveranstaltungen müssen attraktiv gestaltet werden und mit dem modernen und vielfältigen Medienangebot konkurrieren können. Die Marktlücke für eine Partei ist der Dialog.

Hier müssen wir uns selbstkritisch fragen, ob wir diesen Dialog mit der Bevölkerung noch richtig führen. Wissen wir eigentlich noch, was die Menschen denken und fühlen, was sie wirklich wollen? Sind wir als Partei noch dort zu finden, wo die Menschen sich aufhalten? Sprechen wir noch die Sprache des Volkes? Entsprechen wir in unserem Auftreten noch den geänderten Lebensstilen der Menschen? Treffen wir mit unseren Veranstaltungsformen noch ihre gewandelten Lese-, Hör- und Sehgewohnheiten? Mit der Schnelligkeit und Aktualität der Nachrichtenübermittlung durch das Fernsehen kann die CDU nicht konkurrieren, aber mit dem Fernsehapparat kann man nicht sprechen, man kann ihm seine Sorgen nicht anvertrauen und kann ihm keine Fragen stellen.

Die CDU muß eine Partei zum Ausprobieren und Mitmachen sein, sie soll Forum für kritische Auseinandersetzung sein. Wichtiger als fertige Lösungen sind Vertrauen, Dialogfähigkeit und Überzeugungskraft.

Deshalb haben wir in der Bundesgeschäftsstelle neue Formen der Parteiarbeit entwickelt und für die Partei zur Verfügung gestellt. Unter dem Stichwort "dialogorientierte Öffentlichkeitsarbeit" wurde der Beschluß des Bremer Parteitages mit neugestalteten Informationsmaterialien und Handbüchern für die Parteiarbeit umgesetzt.

Dialogwerbemittel: Faltblattserie "Was sagt die CDU zum Thema..."

Im Rahmen der dialogorientierten Öffentlichkeitsarbeit hat die CDU mit einer Faltblattserie einen neuen Weg politischer Information betreten: Jedes Faltblatt behandelt

ein aktuelles Thema in Dialogform. Realistische Fragen, wie sie von den Bürgern tatsächlich im politischen Gespräch gestellt werden, erhalten eine prägnante, verständliche Antwort. Mit diesen Faltpblättern geben unsere Mitglieder den Interessenten keine langwierigen Abhandlungen an die Hand, sondern ziehen sie in ein Gespräch.

Zur Zeit sind Faltpblätter zu folgenden Themen vorrätig: Umwelt, Rente, Drogen, Ausländer, Staatsvertrag mit der DDR, Gesundheitsreform, Alter, Landwirtschaft, Sicherheit des Bürgers, Familie, Pflege, Arbeitnehmer, Bundeswehr, Wohnungsbau.

Handbücher: "Moderne Parteiarbeit in den '90er Jahren"

Als Handlungsanleitungen für die aktiven Mitglieder der CDU wurde mit der Herausgabe einer neuen Handbuchserie begonnen. Bereits erschienen sind Handbücher zu folgenden Themen:

- Mitgliederwerbung leicht gemacht: Die erfolgreichen Modelle "Gezielte Mitgliederwerbeaktion", Aktion "Jedes Mitglied ist aktiv" und Aktion "Direct Mail" geben in aktualisierter Form Anregungen, wie vor Ort die positive Grundstimmung für die CDU zur Gewinnung neuer Mitglieder umgesetzt werden kann.
- Mit uns für eine bessere Umwelt: Nach einer Darstellung der erfolgreichen Umweltpolitik der Regierung Helmut Kohl finden unsere Mitglieder Umwelttips zum Mitmachen und Vorschläge für Aktionen von A bis Z.
- Bürgernahe Formen der Parteiarbeit/Zielgruppenansprache: Modelle für zeitgemäße Veranstaltungen, die auch im Wettbewerb mit Veranstaltungsformen bestehen, wie wir sie aus den elektronischen Medien kennen, werden ebenso dargestellt wie konkrete Tips zur Veranstaltungsorganisation und zur themenbezogenen Ansprache wichtiger Zielgruppen.

3. Mitgliedermagazin "Union"

Entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitages in Bremen wurde mit der Ausgabe November/Dezember das "Deutsche Monatsblatt" als Mitgliederzeitung der CDU eingestellt. Mit dem Vertragspartner Union GmbH & Co. Kommunikation und Medien KG (UKM) wurde vereinbart, daß ein neues Mitgliedermagazin gemäß dem Wunsch des Parteitages konzipiert und herausgegeben wird. Insbesondere wurden die verschiedenen Anträge und Diskussionen aus den Gremien der Partei bei dieser Konzeption berücksichtigt.

Bei diesem Neubeginn übernahm die UKM als Verlag auch die redaktionelle Betreuung des Mitgliedermagazins. Ein vom Parteivorsitzenden Helmut Kohl berufener Beirat unter Vorsitz des Sprechers der CDU koordiniert die redaktionelle Zielsetzung und stellt die enge Anbindung an die Bundespartei sicher.

Die erste Ausgabe des neuen Mitgliedermagazins erschien unter dem Titel "UNION - das Magazin der CDU Deutschlands" im Mai 1990 und ist allen Kreisverbänden vom Generalsekretär vorgestellt worden. "UNION" erscheint in einer Auflage von insgesamt 750.000 Exemplaren, davon sind rund 150.000 auf dem Gebiet der DDR verteilt worden. Im Jahre 1990 werden insgesamt vier Ausgaben erscheinen; für 1991 werden sechs Ausgaben angestrebt.

4. Frauen

Die Frauen-Union hat drei Schwerpunkte in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt, nämlich die Zusammenarbeit mit Frauen aus der DDR, die Konkretisierung der Wiesbadener Beschlüsse für eine kinderfreundliche Gesellschaft und die Umsetzung der Beschlüsse zur politischen Gleichstellung der Frauen.

Die Frauen-Union stellte Anfang des Jahres 1990 die ersten Kontakte zu Frauen aus der DDR her. Im Februar trafen Vertreterinnen der CDU-Ost, des Demokratischen Aufbruchs und einer der CDU-nahestehenden Gruppe des Neuen Forums mit dem Bundesvorstand der Frauen-Union in Bonn zusammen. Ergebnis dieser Gespräche war der Beschluß, eine gemeinsame deutsche Frauen-Union als Dachverband zu gründen. Am 24. Februar wurde im Rahmen einer außerordentlichen Hauptausschußsitzung in Berlin-Hohenschönhausen diese Gesamtdeutsche Frauen-Union aus der Taufe gehoben. Initiatorinnen auf Seiten der DDR waren Brigitta Kögler (Demokratischer Aufbruch), Sylvia Schultz (CDU-Ost), Karin Lück (Neues Forum), auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland Prof. Dr. Rita Süßmuth.

Über 300 Frauen, etwa je zur Hälfte aus der Bundesrepublik Deutschland und aus der DDR nahmen an diesem Gründungskongreß teil, dessen Ziel es war, die Interessen der Frauen im Einigungsprozeß zu bündeln und sich grenzübergreifend dafür einzusetzen, daß die Einheit nicht zu Lasten der Frauen geht. Im Vordergrund standen die Fragen, wie sichergestellt werden kann, daß bei dem notwendigen Umstrukturierungsprozeß Frauen nicht die Verliererinnen sein werden, wie die Kinderbetreuungseinrichtungen erhalten werden können, welche Unterstützung es für Rentnerinnen mit niedrigem Einkommen geben kann, Fragen des Mieterschutzes, des Kündigungsschutzes und der Ökologie.

Einig waren sich alle, daß die Frauen, die in großer Zahl an der friedlichen Revolution beteiligt gewesen waren, auch im Einigungsprozeß Mitverantwortung übernehmen müssen. Nicht der Rückzug ins Private, sondern das breite Engagement sei nun gefragt. In einem Appell an die Regierung Modrow und den Runden Tisch forderte die Frauen-Union den Schutz der sozial Schwächeren und eine Interessenvertretung aller Frauen und Männer, die in der DDR geblieben waren.

Inzwischen hat es auf allen Ebenen viele Kontakte zwischen Frauen gegeben. Auf Orts-, Kreis- und Landesebene in der DDR sind Frauen-Unionen gegründet worden. Frauen aus der Bundesrepublik Deutschland waren bisher bei allen Wahlkämpfen in ihren Partnerverbänden in der DDR präsent.

Bis Mitte 1991 sollen beide Vereinigungen auch organisatorisch zusammengeführt werden. Beim Bundesdelegiertentag der Frauen-Union am 8. und 9. September 1990 waren weit über 100 Vertreterinnen aus der DDR noch als Gäste dabei. Zwei gemeinsame Kommissionen werden einen Satzungsentwurf und einen Programmentwurf erarbeiten, die die Grundlage für die zukünftige Arbeit der Frauen-Union in ganz Deutschland sein werden.

Die Frauen-Union hat zur Konkretisierung der Wiesbadener Beschlüsse für eine kinderfreundliche Gesellschaft zwei Leitfäden herausgegeben. Am Weltkindertag im September 1990 wurde der Leitfaden "Kinderfreundliche Gemeinde" vorgestellt, der gemeinsam mit den Sozialausschüssen der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft und der Kommunalpolitischen Vereinigung entwickelt worden war und ein komplettes kommunalpolitisches Programm zugunsten von Kindern enthält. Sieben Musteraktionen zeigen, wie jede Gemeinde entscheidend dazu beitragen kann, daß unsere Gesellschaft den Bedürfnissen der Kinder stärker gerecht wird. Diese Aktionen sind

- Familienpaß
- Frauen gründen ein Mütterzentrum
- bedarfsgerechte Öffnungszeiten im Kindergarten
- Wissensbrücke
- Jugendkunstschule
- Kinderparlament.

Mit dem Leitfaden "Familien- und kinderfreundliche Arbeitswelt" werden Anregungen gegeben, wie vor Ort dazu beigetragen werden kann, eine familien- und kinderfreundliche Arbeitswelt zu verwirklichen.

Drei Muster-Aktionen zeigen, wie man vorgehen kann:

- Familienfreundliche Arbeitszeit
- Berufsrückkehr
- Kinderbetreuungseinrichtungen.

Den Aktionen ist ein Programm zur familien- und kinderfreundlichen Arbeitswelt angefügt.

Auf überaus großes Interesse der Frauen, der Verbände und der Öffentlichkeit stieß der Kongreß "Wie Familien wohnen wollen - Wohnen zwischen Wunsch und Wirklichkeit", der am 22. März 1990 stattfand. Es wurde klar, daß die Belange und Bedürfnisse der Familien und der Kinder bei der Gestaltung und Planung von Wohnraum und bei der Konzeption des Wohnumfeldes bisher kaum beachtet werden. Das Echo auf diese Veranstaltung war außerordentlich positiv. Inzwischen haben zahlreiche Orts- und Landesverbände der Frauen-Union und der CDU dieses Problem auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Beschlüsse der CDU von Mainz und Wiesbaden zur politischen Gleichstellung von Frauen in der Partei besagen, daß Frauen zu Beginn der neunziger Jahre mindestens entsprechend dem Mitgliederanteil bei Ämtern und Mandaten vertreten sein müssen. Die Frauen-Union hat in vielen Gesprächen auf allen Ebenen in der Partei erreicht, daß erheblich mehr Frauen für die gesamtdeutsche Bundestagswahl, für die Landtagswahlen und für Kommunalwahlen bereit waren zu kandidieren. Es ist zu erwarten, daß zumindest aus den Ländern der Bundesrepublik Deutschland erheblich mehr Frauen in den Bundestag einziehen werden. Die Frauen-Union rechnet damit, daß statt bisher 17 etwa 28 Frauen aus der CDU in der Bundesrepublik Deutschland dem gesamtdeutschen Bundestag angehören werden, das entspricht einem Anteil von etwa 15 Prozent gegenüber bisher neun Prozent. Damit ist das Ziel noch nicht erreicht, denn der Frauenanteil in der CDU der Bundesrepublik Deutschland beträgt rund 23 Prozent.

5. Arbeit von Parteigremien

- Parteipräsidium und Bundesvorstand

Im Berichtszeitraum haben das Parteipräsidium 16mal und der Bundesvorstand 14mal getagt. Dazu kommen zwei Bundesausschußsitzungen in Berlin und Bonn.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Deutschlandpolitik und die damit verbundenen Themen wie die Unterstützung der Allianzparteien im Wahlkampf zur Volkskammer, die Maßnahmen zu den Landtagswahlen in den neuen Ländern der DDR, die Vorbereitung dieses Vereinigungsparteitages und die Planungen für die ersten gesamtdeutschen Wahlen. Wichtige Themen waren weiter die Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen.

- Bundesausschuß

Auf der Bundesausschußsitzung in Berlin am 11. Dezember 1989 konnte erstmals mit Vertretern der Union nahestehender Gruppierungen aus der DDR öffentlich diskutiert werden. Die in Berlin verabschiedeten Leitsätze zur Deutschlandpolitik wurden rasch von der Dynamik der Entwicklung überholt. Die in den Thesen geforderte Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands wird jetzt Wirklichkeit.

Auf der Bundesausschußsitzung in Bonn im Juni dieses Jahres wurden die Weichen für diesen Einigungsparteitag gestellt. Unter den Delegierten waren zum erstenmal auch die Präsidiumsmitglieder der CDU in der DDR, an ihrer Spitze der Parteivorsitzende Ministerpräsident Lothar de Maizière.

- Kommission Ländlicher Raum

Im Juli 1987 wurde vom Bundesvorstand der CDU die Kommission "Ländlicher Raum" eingesetzt, um ein Programm zu erarbeiten, das eine Antwort gibt auf die aktuellen politischen Herausforderungen, die uns heute im ländlichen Raum begegnen. Am 26. April 1990 wurde das Programm der CDU für den ländlichen Raum "Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern" von Ministerpräsident a.D. Ernst Albrecht, Franz Sauter MdB und dem Generalsekretär der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wird uns helfen, den Dialog mit den Menschen im ländlichen Raum aufzunehmen, sie zur Diskussion vor Ort anzuregen und zum Mitmachen aufzufordern, wenn es darum geht, die Lebensqualität ländlicher Räume zu erhalten und zu verbessern.

- Arbeit der Bundesfachausschüsse

Die Bundesfachausschüsse der CDU wurden, nachdem einzelne Fachkommissionen zum Teil schon mehrere Jahre gearbeitet hatten, 1977 für alle politisch bedeutenden Themenbereiche eingerichtet. Sie haben die Aufgabe, die in der Partei vorhandene Fachkompetenz bundesweit zusammenzuführen und den Bundesvorstand vor wichtigen Entscheidungen zu beraten. Darüber hinaus wird von den Bundesfachausschüssen ein großer Teil der programmatischen Arbeit geleistet; vor allem die inhaltlichen Details unserer Politik werden hier formuliert.

Verbände und Gremien fanden in den Mitgliedern der Bundesfachausschüsse stets sachkundige Ansprechpartner; die Arbeit der Ausschüsse erfüllte immer auch Multiplikatorenfunktion.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode bestanden 21 Bundesfachausschüsse und der Bundesarbeitskreis

Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ). Sie haben eine ganze Reihe von programmatischen Beschlüssen gefaßt:

- Konzeption zu einer weiteren Verbesserung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität,
- Leitsätze zu Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Polizei,
- Sportprogramm der CDU,
- Leitsätze zur Kulturpolitik,
- Leitsätze zur Weiterbildung,
- Die europäische Dimension im Unterricht der Schule,
- Schule und Berufsbildung; Hochschule und Wissenschaft (beide beschlossen vom Gemeinsamen Ausschuß für Kulturpolitik der CDU Deutschlands am 13. August 1990 in Berlin),
- Suchtfrei leben - Leitfaden zur Drogen- und Rauschmittelproblematik,
- Aufbruch in Europa - Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1992,
- Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr,
- Behinderte im Verkehr,
- Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz durch ökonomische Instrumente,
- Schutz der Nord- und Ostsee,
- Maßnahmen zur Verringerung des Straßenverkehrslärms,
- Schutz und Erhaltung der Erdatmosphäre als globale Herausforderung,
- Leitsätze der CDU zur Abfallwirtschaft,
- Umweltschutz muß Chefsache werden,
- Frauenförderung in der Kommune,
- Menschen mit Behinderung - Teil unserer Gesellschaft. Integration statt Isolation,
- Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik,
- Zukunftsaufgabe Krankenpflege - Thesen und Vorschläge zur kurz- und langfristigen Sicherung des Pflegebedarfs in Krankenhäusern und in der Altenpflege,
- Stellungnahme zur Reform der Mediziner Ausbildung,

- Menschenrechte - Armutsbekämpfung - Umweltschutz.
Zwölf Thesen der CDU zur Entwicklungszusammenarbeit der 90er Jahre,
- Perspektiven der europäischen Entwicklungspolitik,
- Beschluß zu entwicklungspolitischen Aspekten des Drogenproblems,
- Unser Land auf dem Weg zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft in Europa. -
Herausforderungen, Ziele, Aufgaben,
- Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Forschung und Technologie,
- Eckwerte für die Medienordnung in einem vereinigten Deutschland,
- Recht sichert die Freiheit. Rechts- und Justizpolitisches Programm der CDU 1990.

Den Mitgliedern und vor allem den Vorsitzenden der Ausschüsse sei an dieser Stelle ein Wort des Dankes für die geleistete Arbeit gesagt.

6. Finanzen

- Bundesfinanzkommission

Auf dem 37. Bundesparteitag ist der Bundesvorstand beauftragt worden, eine Kommission einzuberufen, die die Probleme einer gerechten Aufgaben- und Finanzverteilung innerhalb der Gesamtpartei sowie den Finanzbedarf der Bundespartei untersuchen sollte.

Die Kommission hat im Dezember 1989 ihre Arbeit aufgenommen und inzwischen mehrfach getagt. Sie hat sich dabei sehr intensiv mit den Arbeitsabläufen innerhalb der Bundesgeschäftsstelle auseinandergesetzt.

Sie hat Einfluß genommen auf den ordentlichen Etat des Jahres 1990 sowie auf den Etat für die bevorstehenden gesamtdeutschen Wahlen und die Landtagswahlen in der DDR.

Ferner hat die Kommission ausführlich die personellen, finanziellen und organisatorischen Fragen erörtert, die mit der Vereinigung von CDU-West und CDU-Ost im Zusammenhang stehen.

Die innerparteilichen Beitragsabführungen waren Gegenstand einer Beratung und führten zu Empfehlungen an die Landesverbände. Darüber hinaus kam die Kommission zu der Auffassung, daß eine Stärkung der Stellung des Schatzmeisters bei der nächsten Änderung des Statuts vorgesehen werden sollte.

Die Kommission hat außerdem ausführlich die vom 37. Bundesparteitag beschlossenen Personalkostensenkungen diskutiert. Sie hat zustimmend zur Kenntnis genommen, daß die Zahl der am 1. Oktober 1989 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle ausgewiesenen 212 Stellen deutlich verringert worden ist. Der Stellenplan des Jahres 1990 sieht nunmehr 151 vor. Davon sind 12 Stellen als "künftig wegfallend" gekennzeichnet. Abschließende Feststellungen lassen sich erst treffen, wenn die sich aus dem Einigungsprozeß ergebenden Fragen beantwortet werden können.

Der 37. Bundesparteitag hatte eine Reihe von Anträgen an die Bundesfinanzkommission überwiesen. Diese sind angesichts der politischen Situation vertagt worden und müssen unter Berücksichtigung eventueller neuer Fakten zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden. Es erscheint zweckmäßig, die jetzt begonnenen Arbeiten unmittelbar nach dem Einigungsparteitag wieder aufzunehmen.

- Zur finanziellen Situation der CDU (Ost)

Die Diskussion über das angebliche Parteivermögen der CDU (Ost) macht einige Anmerkungen zur tatsächlichen Finanzsituation der CDU (Ost) notwendig.

Das Vermögen aller Parteien in der DDR steht seit dem 1. Juni 1990 unter treuhänderischer Verwaltung der Sequesterverwaltung, einer vom Ministerpräsidenten der DDR eingesetzten unabhängigen Kommission zur Prüfung des Parteivermögens. Vermögensveränderungen bedürfen seitdem der Zustimmung des Vorsitzenden der Kommission.

Die Parteien der DDR waren verpflichtet, bis zum 30. Juni dieses Jahres ihr gesamtes Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung beim Vorsitzenden der Kommission anzumelden. Dies hat die CDU (Ost) mit Schreiben vom 28. Juni 1990, also fristgerecht, getan.

Durch den von der Volkskammer der DDR auf Grund eines Antrages der Fraktion der Liberalen vom 18. Juli 1990 in das Parteiengesetz der DDR vom 21. Februar 1990 neu eingefügten § 13 a, der die Gesamtrechtsnachfolge bei einer Fusion von Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR festlegte, bestand die Gefahr, daß dadurch das Parteivermögen von DDR-Parteien auf die dann fusionierten gesamtdeutschen Parteien übergegangen wäre.

Um das unter allen Umständen zu verhindern, ist auf Initiative der CDU der Bundesrepublik Deutschland in den Einigungsvertrag eine Regelung über das Parteivermögen der Art aufgenommen worden, daß dieses Vermögen ohne jegliche Einschränkung mit dem Tag der deutschen Wiedervereinigung in die Verfügungsgewalt der Treuhandanstalt übergeht. Verfügungen über das Parteivermögen kann die Treuhandanstalt nur im Einvernehmen mit der vom Ministerpräsidenten der DDR

durch Gesetz vom 31. Mai 1990 eingesetzt und ab 3. Oktober 1990 unter Aufsicht der Bundesregierung stehenden Treuhandkommission treffen.

Das Ziel dieser Treuhandverwaltung ist die baldmögliche Rückführung des Vermögens an die früher Berechtigten oder deren Rechtsnachfolger. Soweit eine solche Rückführung nicht möglich ist, ist das Vermögen zu Gunsten gemeinnütziger Zwecke, insbesondere der wirtschaftlichen Umstrukturierung in der DDR zu verwenden.

Soweit dieses Vermögen heute noch von den Parteien genutzt wird – z. B. als Parteigeschäftsstellen –, gehen wir davon aus, daß – unabhängig von der endgültigen vermögensrechtlichen Regelung – die Treuhandanstalt für die Nutzung dieses Vermögens marktgerechte Mieten festsetzen wird, die dann zukünftig von den Parteien zu bezahlen sein werden.

Im übrigen wird die CDU Deutschlands – wie im Einigungsvertrag vorgesehen – für die CDU der DDR per Vereinigungsstichtag 1. Oktober 1990 eine Schlußbilanz und eine Eröffnungsbilanz vorlegen – mit Testat eines Wirtschaftsprüfers – aus der sich die tatsächlichen finanziellen Verhältnisse ergeben.

Aus der Untersuchung eines westdeutschen Wirtschaftsprüfers ergibt sich folgende Vermögenslage der CDU (Ost): Die am Stichtag, dem 31. Dezember 1989, erstellte Gesamtbilanz schließt mit Aktiva und Passiva von 42,8 Millionen Mark (Ost). Davon entfallen allein 24,9 Millionen Mark (Ost) auf Gebäude und Anlagen, zwölf Millionen Mark (Ost) auf Büro- und Geschäftsausstattung, 5,2 Millionen Mark (Ost) auf Geldmittel.

Zu dem entscheidenden Punkt des Grundvermögens der CDU (Ost): Tatsache ist, daß die allermeisten Objekte von der CDU (Ost) in sogenannter Rechtsträgerschaft gehalten werden, d.h. daß sie nicht im Besitz der Partei sind. Das

ist ein Rechtsinstitut, das wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht kennen. Es handelt sich also nicht um Besitz der Partei, sondern um Volksbesitz in Rechtsträgerschaft.

Zum Firmenvermögen der CDU (Ost): Die Wirtschaftsbetriebe der CDU (Ost) sind in der Union-Verwaltungsgesellschaft mbH zusammengefaßt. Das Gesellschaftskapital der UVG mbH beträgt 15 Millionen DM. Es wird von zwei Gesellschaftern treuhänderisch für die CDU (Ost) gehalten. Es gehört damit zum Parteivermögen der CDU (Ost). Das Vermögen wurde auf der Grundlage der Bilanzwerte per 31. Dezember 1989 wie folgt gemeldet: Gebäude 20,9 Millionen Mark (Ost), Fahrzeuge 3,6 Millionen Mark (Ost), Barmittel 26,3 Millionen Mark (Ost).

Daraus folgt:

- Die Behauptungen von einem angeblichen Milliardenvermögen entbehren jeglicher Grundlage.
- Das Parteivermögen der CDU (Ost) ist nicht verfügbar. Es war weitgehend niemals Eigentum der Partei und steht unter Sequesterverwaltung.
- Die Wirtschaftsbetriebe befinden sich in erheblichen Umstellungsschwierigkeiten. Für Gewinnabführungen an die Partei, wie früher üblich - 1989 zum Beispiel 5,9 Millionen Mark (Ost) -, fehlen zur Zeit und für die Zukunft jegliche Voraussetzungen. Es besteht im Gegenteil ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen Mitteln, um den Betrieben den Übergang zur Marktwirtschaft überhaupt zu ermöglichen.
- Für alle notwendigen strukturellen Veränderungen innerhalb der CDU in der DDR und im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ist ebenfalls zusätzlicher Finanzbedarf gegeben, der weder aus dem Parteivermögen noch aus Gewinnabführungen der Wirtschaftsbetriebe gedeckt werden kann.

Die wiedervereinigte CDU Deutschlands wird mit Nachdruck darauf drängen, daß die Abwicklung des Vermögens durch den Sequester zügig erfolgt und daß eventuell aus dieser Abwicklung anfallende Mittel bzw. Überschüsse, mit denen wir nach den jetzigen Erkenntnissen für den Bereich der CDU (Ost) nicht rechnen, ausschließlich für die gesetzlich vorgesehenen, aber unter keinen Umständen für irgendwelche Parteizwecke verwendet werden.